

## **Wirtschaftspolitische Perspektiven für das Saarland und für den Kreis St. Wendel**

Rede IHK-Präsident Dr. Weber vor der Vollversammlung am 5. September 2000 in Otzenhausen

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen in der Europa-Akademie Otzenhausen. Noch nie hat die Vollversammlung der IHK Saarland so "hoch im Norden" getagt. Ich muss sagen: Wir haben die Reise nicht bereut. Im Gegenteil, wir sind gerne nach Otzenhausen und in den Landkreis St. Wendel gekommen.

Zum zweiten Teil der heutigen Vollversammlung möchte ich besonders herzlich begrüßen:

- **Herrn Landrat Franz Josef Schumann,**
- den Bürgermeister der Gemeinde Nonnweiler, **Herrn Dieter Keller**
- sowie **Herrn Gottfried Hares**, geschäftsführender Gesellschafter der Wagner Tiefkühlprodukte.

Und natürlich alle unsere Mitgliedsunternehmen, die erst jetzt zu uns gestoßen sind, sowie die Vertreter der Presse.

Meine Damen und Herren,

wir alle sind in diesem Sommer Zeugen einer taktischen Meisterleistung geworden. Die Bundesregierung, namentlich Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel, haben gezeigt, wie man auch gegen eine Mehrheit im Bundesrat wichtige Reformprojekte durchsetzen kann. Über das **WIE** möchte ich mich hier nicht näher äußern; stattdessen einige Worte zum Erreichten.

Durch die Zustimmung des Bundesrates zum Steuersenkungsgesetz ist das wichtigste steuerpolitische Vorhaben der Regierung in trockenen Tüchern. Die Reform ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung:

- Die beschlossene Absenkung der Körperschaftsteuer auf 25 Prozent und des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 42 Prozent verringern die Steuerbelastung der Unternehmen auf ein bis vor kurzem kaum möglich gehaltenes Niveau. Dies erhöht die Motivation der Leistungsträger unserer Gesellschaft.
- Mit der Wiedereinführung des halben durchschnittlichen Steuersatzes auf Veräußerungsgewinne erhält die Reform auch eine von der IHK immer geforderte Mittelstandskomponente. Fairerweise muss man hinzufügen: Diese wäre ohne die Hartnäckigkeit der CDU-Opposition wohl kaum durchsetzbar gewesen.
- Im Ergebnis bringt die Steuerreform Entlastungen für alle – ab 2005 insgesamt gut 60 Mrd. DM jährlich.

Keine Frage: Wichtiges ist getan, doch es bleibt noch viel zu tun. In Anlehnung an eine alte Fußballer-Weisheit: **Nach** der Reform ist **vor** der Reform.

Ziel bleibt dabei die Schaffung eines einfachen und transparenten Steuerrechts und die weitere Rückführung der Ansprüche des Staates an seine Bürger. Die jüngste Reform macht das Steuerrecht dagegen nur noch komplizierter – und die Staatsquote bleibt weiterhin zu hoch.

Besonders dringlich ist die weitere Absenkung des Steuertarifs in der Einkommensteuer. Die Steuerbelastung aller Unternehmen und damit auch der mittelständischen Personengesellschaften muss deutlich unter 40 Prozent sinken - inklusive Gewerbesteuer!

Es darf also in der Steuerpolitik keinen Stillstand geben. Standortorientierte Steuerpolitik ist Daueraufgabe.

Mindestens ebenso wichtig wie weitere Fortschritte in der Steuerpolitik sind durchgreifende Reformen der sozialen Sicherung. Eine von der amerikanischen Handelskammer durchgeführte Befragung der hundert größten US-Unternehmen in Deutschland zeigt, wo uns der Schuh ganz besonders drückt – bei den Lohnnebenkosten. Diese müssten deutlich verringert werden, wenn Deutschland bei Wachstum und Beschäftigung mit anderen

Industrieländern Schritt halten wolle - so die US-Handelskammer. Denn nicht zuletzt wegen der hohen Lohnnebenkosten ist Deutschland nach wie vor „Kosten-Weltmeister“.

Der Politik fehlt hier allerdings noch der Mut:

Die Rentenreform stellt nur einen ersten – und dabei noch sehr zaghaften - Schritt in die richtige Richtung dar. Und in der Gesundheitspolitik wurstelt die Regierung weiter vor sich hin, ohne erkennen zu lassen, wohin die Reise geht.

Dabei ist Entschlusskraft gefordert. Die Zeit drängt. Wir brauchen dringend mehr Eigenverantwortung und mehr Selbstbeteiligung des Einzelnen in allen Bereichen der sozialen Sicherung. Das gesetzliche Umlageverfahren ist schnellstmöglich durch zusätzliche Privatvorsorge zu ergänzen und zu entlasten. Bei der Rente ebenso wie in der Krankenversicherung. Machen wir uns nichts vor: In der gesetzlichen Krankenversicherung werden wir langfristig nur noch Basisleistungen finanzieren können. Wer mehr haben will (Stichwort: Maximalversicherung) muss eine private Zusatzversicherung abschließen.

Ich gebe zu: Es braucht politischen Mut, solche Einschnitte durchzusetzen. Aber ohne diesen Mut wird es uns nie gelingen, die Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung nachhaltig und deutlich unter die 40 Prozent-Marke zu senken.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Problem ansprechen, das uns in den nächsten Jahren zunehmend beschäftigen wird: die altersmäßige Zusammensetzung unserer Bevölkerung und deren Entwicklung – im Fachjargon: die demographische Entwicklung. Dazu ein paar Zahlen:

- Bis 2030 wird die Einwohnerzahl auf etwa 70 Millionen und bis 2050 auf 50 Millionen schrumpfen – jeweils ohne Einwanderung gerechnet. Allein hierdurch sind Probleme vorprogrammiert.
- Noch problematischer ist die Veränderung der Altersstruktur. Die deutsche Bevölkerung wird immer älter. In 2050 kommen auf 100 Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren rund 80 ältere Einwohner.

Beide Trends zusammengenommen machen uns Deutsche zur am schnellsten alternden Bevölkerung der Welt. Die schlimmste Konsequenz: Die Zahl der Erwerbspersonen wird sich nahezu halbieren: von heute gut 40 Millionen auf etwa 25 Millionen in 2040 (ohne

Zuwanderung und bei konstanten Erwerbsquoten). Jeder Erwerbstätige muss dann rechnerisch einen Rentner ernähren.

Über die Notwendigkeit, unser **Sozialsystem** auf diese Entwicklung einzustellen, habe ich gerade gesprochen. Damit allein sind die Probleme, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben, aber keineswegs gelöst.

Genauso hart treffen uns nämlich die Folgen am **Arbeitsmarkt**. Was heute kaum vorstellbar erscheint: In zehn Jahren sind Arbeitskräfte – vor allem junge – Mangelware. Im Saarland geht schon in gut fünf Jahren die Zahl der Schulabgänger zurück. Das ist keine Prognose, sondern bereits seit 15 Jahren exakt berechenbar!

Nicht Ausbildungs- und Arbeitsplätze werden dann knapp sein, sondern Auszubildende und Arbeitskräfte. So erfreulich Vollbeschäftigung auch ist, eins sollten wir nicht übersehen: Wenn die Gruppe der 20- bis 30jährigen bis zum Jahr 2035 um ein Viertel schrumpft, kann dies nicht ohne Folgen bleiben für die Innovationsfähigkeit in unserem Land. Neue Ideen kommen nun einmal überwiegend von jungen Leuten. Unser Weg in die Wissens- und Informationsgesellschaft wird dadurch nicht gerade leichter.

Um es auf den Punkt zu bringen: Der „Jugendschwund“ droht zur Wachstumsbremse zu werden. Dazu darf es nicht kommen! Es **muss** auch nicht so kommen. Es gibt eine Antwort auf diese Herausforderung. Und die heißt: Bildung, Bildung, Bildung.

Meine Damen und Herren,

kürzlich sind mir Plakate der SPD aufgefallen. Darauf stand: „Schluss mit lustig“. Haben Sie die Bilder darauf gesehen? Da wird wohl Schule wirklich mit Freizeitpark verwechselt! Das ist schon ein merkwürdiges Verständnis von Schule. Offenbar hat die SPD hierzulande immer noch nicht begriffen, dass Schule nicht zur Belustigung da ist. Schule ist nicht nur, aber in erster Linie, Vorbereitung auf das spätere Berufsleben.

Die IHK Saarland steht deshalb ohne Wenn und Aber auf der Seite der Bildungsreformer in unserem Land. Die Qualitätsoffensive für saarländische Schulen setzt an der richtigen Stelle an. Sie will den Leistungsgedanken an den Schulen wieder stärker verankern und die Leistungsbereitschaft der Schüler erhöhen. Viele der jetzt geplanten Maßnahmen hat die IHK seit Jahren gefordert. Ich nenne nur:

- Zentrale, landesweite Abschlussprüfung für die mittlere Reife.
- Die Wiedereinführung der Kopfnoten,
- Schullaufbahneempfehlungen für das Gymnasium und
- last but not least: das Abitur nach zwölf statt nach dreizehn Jahren.

Gerade was das sogenannte „Turbo-Abi“ anbelangt, bekommt die Landesregierung derzeit mächtig Gegenwind. Sie sollte standfest bleiben. Die Verkürzung der Schulzeit ist auch ein Beitrag zur Entlastung der kollektiven Sicherungssysteme. Jeder Jahrgang, der ein Jahr früher ins Berufsleben eintritt, verringert den Beitragssatz der Rentenversicherung um anderthalb Prozent. Und noch eins ist zu bedenken: Die ersten Jahrgänge kommen just zu einer Zeit auf den Arbeitsmarkt, in der die Knappheit an Arbeitskräften zum Problem wird.

Deshalb – ich wiederhole es ganz bewusst – steht die IHK voll hinter diesen Reformen der Landesregierung. Mehr noch: Mir gehen sie nicht einmal weit genug.

Um den Herausforderungen der Demographie und den Anforderungen der Arbeitswelt von morgen gerecht zu werden, muss die Bildungspolitik in den kommenden Jahren noch ganz andere Wege einschlagen. Die Stichworte hierzu lauten: **Schulautonomie** und **Schulwettbewerb**.

Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit deutscher Schüler, die von internationalen Leistungsvergleichen immer wieder belegt wird, hat auch etwas mit dem mangelnden Wettbewerb zwischen den Schulen zu tun. Für alle – Lehrer und Schüler – ist es gut, wenn die Schulen mehr Gestaltungsspielräume bekommen und sie untereinander in Wettbewerb treten. Im Ergebnis entfaltet sich so mehr Eigeninitiative und unternehmerischer Geist an unseren Schulen. Natürlich muss der Staat die Rahmenbedingungen – im Sinne von Mindeststandards und eines verbindlichen Kanons von Kernflächen – vorgeben.

Warum also den Schulen nicht das Recht geben, ihre Lehrer und Schüler selbst aussuchen zu können? Warum sollten Schulen vorgegebene Budgets nicht so einsetzen können, wie sie es für richtig halten? Man muss den Schulwettbewerb ja nicht direkt im ganzen Land einführen. Man kann ja erst mal mit einem **Landkreis** beginnen. Warum nicht im Kreis St. Wendel?

Meine Damen und Herren,

damit sind wir bei den saarländischen Aussichten, im Standortwettbewerb voranzukommen. Über die Bildungspolitik im Lande habe ich gerade gesprochen. Zwei Dinge liegen mir noch am Herzen:

## 1. Gewerbesteuer

Wie Sie wissen, ist die Landesregierung bemüht, die Standortbedingungen im Saarland zu verbessern. So will sie etwa bei der Gewerbesteuer die Mehrbelastung der saarländischen Wirtschaft gegenüber dem Bundesdurchschnitt in mehreren Schritten bis zum Jahr 2005 abbauen. Zur Zeit liegt die Mehrbelastung noch bei mehr als 50 Millionen DM jährlich.

Die IHK fordert dies seit Jahren. Deshalb begrüßen wir das Steuersenkungsprogramm der Landesregierung als wichtigen Schritt nach vorne, bei dem es allerdings nicht bleiben sollte. Um es klar zu sagen: Das Saarland braucht einen Steuer**bonus** und keinen Steuer**malus**.

Erfreulich ist auch, dass das Land die Gemeinden für die Steuermindereinnahmen in vollem Umfang finanziell entschädigen will. Die dafür vorgesehene Absenkung der Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden an das Land abführen, ist dafür ein zweckmäßiger und praktikabler Weg.

## 2. Privatisierung und Deregulierung

Damit spreche ich einen wichtigen Bereich an, der auch auf der Agenda der Landesregierung steht. Deutschland ist zur Zeit deutlich überreguliert – auf Bundesebene wie auf Landesebene. Dies beeinträchtigt die wirtschaftliche Dynamik.

Die Maxime muss deshalb lauten: Soviel staatliche Regulierung wie nötig, soviel Freiraum für Unternehmen wie möglich. In dem Maße, wie uns hier Fortschritte gelingen, erhöht sich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und die Lebensfähigkeit unseres Landes. Ein kleines Land wie das Saarland, dessen Eigenständigkeit erst jüngst wieder in Frage gestellt wurde, ist gut beraten, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Ein Bereich, in dem der Wettbewerb noch enorme Sparpotenziale aufdecken könnte, ist die Entsorgung.

In Gesprächen mit dem Umweltminister und in einer öffentlichen Veranstaltung haben wir deshalb nochmals für unser Wettbewerbsmodell geworben. Und ich verspreche Ihnen: Die

IHK wird nicht locker lassen, bis das Saarland hier mit wettbewerblichen Lösungen auch wieder wettbewerbsfähige Preise erreicht hat!

Die IHK verfolgt damit auch ein Anliegen vieler Unternehmer im Kreis St. Wendel. Unsere Umfrage bei hier ansässigen Unternehmen hat nämlich ergeben, dass vor allem die hohen Kosten der Ver- und Entsorgung ein Ärgernis sind.

Im Bereich der Privatisierung ist aber nicht nur das Land, sondern sind auch die Kreise und Gemeinden gefordert. Sehr kritisch sehen wir, dass vor allem größere Gemeinden mit scheinprivatisierten Firmen in Märkte gehen, die privaten Unternehmen vorbehalten sein sollen. Dabei werden die unterschiedlichsten Gründe vorgeschoben, etwa die Sicherung von Arbeitsplätzen oder kostengünstigere Lösungen. Die Erfahrung lehrt regelmäßig das Gegenteil: je **weniger** Staat desto höher die Wachstumsraten und desto niedriger die Arbeitslosigkeit.

Die Gemeinden sollten sich auf ihre Kernaufgabe "Daseinsvorsorge" konzentrieren. Volkswirtschaftlich gesehen zahlt es sich immer aus, wenn der Staat (sprich Land und Gemeinden) sich zurückzieht. Dadurch entstehen Chancen für die mittelständische Wirtschaft, Arbeitsplätze werden geschaffen, und der Wohlstand steigt.

Meine Damen und Herren,

Von der Bundespolitik und dem Megathema Bevölkerungsentwicklung über die Landespolitik möchte ich nun endgültig zu ihrem idyllischen Landkreis kommen.

Der Kreis St. Wendel ist in vielerlei Hinsicht untypisch: ein ländlicher Kreis im industriell geprägten Saarland – landschaftlich besonders reizvoll, industriell aber unterdurchschnittlich besetzt.

Insgesamt gibt es im Landkreis St. Wendel heute rund 3 800 der Industrie- und Handelskammer angehörende Betriebe mit 15 000 Beschäftigten – das sind weniger als zehn Prozent unserer Mitgliedsunternehmen. Die meisten Unternehmen sind familiengeführte Mittelstandsbetriebe, von denen einige in den letzten Jahren eine erstaunliche Entwicklung genommen haben. Ich nenne nur die St. Wendeler Unternehmen **Conatex** und **Kuhn**.

Aber auch einige größere Unternehmen befinden sich auf Expansionskurs, etwa **Wagner**

**Tiefkühlprodukte** in Nonnweiler, **Globus** in

St. Wendel oder die **Fresenius AG**. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Beschäftigung in den letzten Jahren zugelegt hat und die Arbeitslosigkeit im Kreis St. Wendel deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Dies ist um so bemerkenswerter, als der Kreis St. Wendel in der Vergangenheit ganz eigene Strukturprobleme zu bewältigen hatte. Die Gründe liegen in der großen Politik: Der zehnjährige Schrumpfungsprozess der wehrtechnischen Industrie traf im Saarland vor allem den Kreis St. Wendel, namentlich die **Industriewerke Saar** in Freisen und **Karl Diehl**, Mariahütte. Momentan sieht es gottlob so aus, als ob die beiden Standorte gesichert sind und sich die Beschäftigung stabilisiert.

Die insgesamt günstige Entwicklung spiegelt sich auch in der Zufriedenheit der Unternehmen wider: Sie bewerten „ihren“ Kreis als Wirtschaftsstandort überwiegend positiv. So jedenfalls das Ergebnis unserer Umfrage vom letzten Jahr. Dieses positive Votum hat sicherlich auch etwas mit der wirtschaftsfreundlichen Politik hier zu tun: Im Landesvergleich niedrige Gewerbesteuerhebesätze und eine geringe Pro-Kopf-Verschuldung kommen bei der Wirtschaft eben gut an. Deshalb gab es auch gute Noten für das Verhältnis zwischen Unternehmen und Verwaltung - und das ist beileibe keine Selbstverständlichkeit. Deshalb meinen herzlichen Glückwunsch an die Bürgermeister und den Landrat!

Nun wollen wir die Kommunikation mit den Unternehmen dennoch nicht allein den Kreis- und Gemeindeverwaltungen überlassen. Mit dem Start unserer Initiative **IHK Regional** vor drei Jahren ist die IHK nämlich auch im Kreis St. Wendel verstärkt aktiv. Im Unternehmer- und Technologie-zentrum und in 13 Kreditinstituten finden Sie „**Info-Punkte**“ der IHK. Der Regionalbeauftragte lädt zu monatlichen Sprechstunden ein. Die Kontakte zu den Gewerbevereinen wurden intensiviert und zum Teil neu aufgebaut. Betriebsbesuche oder die regelmäßige Teilnahme an regionalen Veranstaltungen wie Leistungsschauen des Handels und des Gewerbes sollen deutlich machen: Wir sind für Sie da. Mehr noch: Wir kommen Ihnen entgegen, auch mit unseren Veranstaltungen. Seit 1997 waren es insgesamt zwanzig, in acht Gemeinden des St. Wendeler Landes, viele davon mit praxisnahen Ratschlägen und geldwerten Informationen. Mit dem nächsten Thema "**Controlling auch in kleinen Betrieben?**" wollen wir am 25. Oktober moderne Formen der Betriebsführung auch im Mittelstand populär machen. Dazu lade ich Sie schon heute ganz herzlich ein!

Meine Damen und Herren,



Unsere Initiative **IHK Regional** ist im Kreis St. Wendel auf's engste verbunden mit dem Namen **Fritz Gerndt**. Fritz Gerndt wird Ende des Monats in den Ruhestand gehen. Gestatten Sie mir deshalb zum Abschluss einige Worte zur Verabschiedung von Herrn Gerndt.

Fritz Gerndt, IHK-Geschäftsführer und Chefredakteur unserer IHK-Zeitschrift fährt heute – wenn ich das so sagen darf – seine „letzte Schicht“. Seit 1966 hat Fritz Gerndt den Bereich „**Information und Kommunikation**“ verantwortlich geleitet. In dieser Funktion war er nicht nur für alle unsere Print-Medien verantwortlich, sondern auch für die Kontakte zu Presse, Funk und Fernsehen und für Medienpolitik. So vertritt er die IHK seit vielen Jahren im Landesrundfunkausschuss, der Landesanstalt für das Rundfunkwesen, im Beirat des Ernst-Schneider-Preises und im Informationsausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages. Selbstverständlich hat er auch unseren eigenen Informationsausschuss stets engagiert und mit viel Sachverstand betreut.

Fritz Gerndt hat mit Einsatz und Geschick die Aufgabe des IHK-Regionalbeauftragten für den Kreis St. Wendel wahrgenommen. Als „Vorposten“ und „Botschafter“ der IHK konnte er uns viele neue Freunde gewinnen. Mit seinen regelmäßigen Sprechtagen im UTZ hat er der Initiative **IHK Regional** für seinen Kreis eine ganz persönliche Note gegeben. Es ist daher kein Zufall, dass wir Herrn Gerndt heute hier in Otzenhausen und damit **seinem** Regionalkreis St. Wendel in den Ruhestand verabschieden können.

Habe ich Ruhestand gesagt ? Wer Fritz Gerndt kennt, weiß, dass bei seinem vielfältigen gesellschaftspolitischen Engagement, seine ausgeprägte Neigung für **Umwelt, Jägerei, Kunst, Kultur** und **Geschichte** für ihn ab 1. Oktober eher ein neuer „Unruhestand“ beginnt. Und so bin ich mir auch sicher: Wir werden Herrn Gerndt noch oft begegnen.

Sehr geehrter Herr Gerndt, ich möchte Ihnen heute im Namen von Präsidium und Vollversammlung herzlich danksagen für Ihr jahrzehntelanges Engagement in der IHK. Ich wünsche Ihnen in unser aller Namen einen erfüllten dritten Lebensabschnitt – vor allem Gesundheit und die Muße, sich um die schönen Dinge des Lebens zu kümmern. Ganz so wie Sie es sich vorgestellt haben.

Alles Gute, viel Glück und gewiss auch auf ein baldiges Wiedersehen.

Meine Damen und Herren,

natürlich wird **IHK Regional St. Wendel** nicht verwaissen. Ich freue mich, Ihnen Herrn **Peter Nagel** als Nachfolger von Herrn Gerndt vorstellen zu können. Herr Nagel ist stellvertretender Geschäftsführer und in dieser Funktion für den Bereich der beruflichen Weiterbildung in der IHK zuständig.

Herr Nagel, ich wünsche Ihnen, dass Sie möglichst schnell in Ihrem neuen Revier heimisch werden. Viel Glück für Ihre neue Aufgabe.

Ich darf nun Herrn **Landrat Schumann**, Herrn **Bürgermeister Keller** und Herrn **Hares** bitten, uns kurz ihre Vorstellungen und Anregungen vorzutragen, wie sie den Kreis St. Wendel weiter nach vorne bringen möchten.